UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
LIBRARY
AUG 1935

Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Ges. m. b. H.

Jede Manuskript gebracht, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 16. Juli	Nr. 930

Ehrenpreis des Führers.

Berlin, 16. Juli. Der Führer und Reichskanzler hat für die am Dienstag, den 28. Juli 1936, in Berlin-Wannsee zum Austrag gelangende Weltmeisterschaft 1936 im Wurftaubenschießen den Ehrenpreis für den Sieger gestiftet. Der Preis, eine feuervergoldete, mit Bernstein besetzte Silberschale, ist eine Arbeit des Berliner Goldschmieds Professor Lettré.

Der Reichsbauernführer zum VI. Weltgeflügelkongreß.

Berlin, 15. Juli. Der Reichsbauernführer Darré veröffentlicht zum VI. Weltgeflügelkongreß folgendes Geleitwort:

„Vom 24. Juli bis 2. August findet in Leipzig der VI. Weltgeflügelkongreß statt. Tausende der bedeutendsten in- und ausländischen Geflügel- und Kleintierzüchter werden mit ihren Tieren und Zuchtgeräten die größte Schau und Tagung veranstalten, die jemals im Interesse der Kleintierzucht in Europa stattgefunden hat.

„Deutschland — wenn leidder im tiefsten Grunde bäuerlich eingestellt — hat in den letzten Jahren auch auf dem Gebiete der Kleintierzucht und -haltung neue Wege eingeschlagen, insbesondere sich von den schallengelösten, fabrikmäßigen Farmbetrieben abgewandt, die bodengebundene bäuerliche Geflügel- und Kleintierhaltung gestellt und damit die Kleintierzucht über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinaus zu einem wichtigen Bindeglied zwischen Stadt und Land gemacht. Stets hat es dabei auch die Arbeiten des Auslandes mit Interesse beobachtet und die Erfolge, die dort erzielt wurden, auch für sich nutzbringend ausgewertet.

„Umsomehr begrüßen wir die Vertreter des Auslandes, die hierher kommen, um gleichzeitig zu lernen und zu lehren. Darüber hinaus aber erhalten tausende ausländischer Geflügel- und Kleintierhalter Einblick in die Arbeiten und Ziele der deutschen Landwirtschaft des deutschen Volkes überhaupt. Viele Schranken, die infolge unbeachtsichtigter Mißverständnisse noch zwischen den verschiedenen Völkern und uns bestanden, können dadurch beseitigt und neue Wege zur Verständigung gefunden werden.

„Wenn der Weltgeflügelkongreß so neben den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erfolgen und Erkenntnissen — die ihm ohne Zweifel gewiß sind — noch zur politischen Verständigung der Völker beiträgt, so werden nicht nur die Kleintierzüchter, sondern auch die übrigen Angehörigen aller Länder dieser Veranstaltung großen Dank wissen."

Der Sachsenspiegel auf der Ausstellung „Deutschland".

Berlin, 15. Juli. Der Reichsrechtsführer, Reichsminister Dr. Frank, sprach am Mittwoch abend im Deutschlandlender anläßlich der bevorstehenden Eröffnung der Ausstellung „Deutschland", die auch eine Abteilung über deutsches Rechtsleben enthält.

Der Reichsminister führte aus: Der Nationalsozialismus hat neuen gewaltigen Impuls in das deutsche Rechtsleben gebracht. Die Ausstellung „Deutschland" legt im Teil „Rechtsleben" allen unseren Olympiagästen Zeugnis dafür ab, daß das Recht auf Hitlers in Erneuerung der Ueberlieferung der deutschen Rechtsgeschichte die Macht des deutschen Reiches aufbaut. Nicht umsonst ist in den Mittelpunkt dieses Teiles der Ausstellung das große geschichtliche Denkmal deutschen Rechtsmirkens aus der hohen Zeit des deutschen Mittelalters gerückt.

Das nationalsozialistische Deutschland hat, in dem Bewußtsein seiner Dankespflicht gegenüber den Großen seiner Geschichte, vor etwas über zwei Jahren die 700jährige Wiederkehr von Eikes Todestag feierlich begangen. Eike war Künder des Rechts. Er hat die von den Altvordern überkommenen Rechtsgedanken aufgezeichnet, um sie in der Seele seiner Stammesgenossen lebendig zu erhalten. Wir staunen heute über die gewaltige Leistung des schlichten bescheidenen anhaltischen Ritters, der, wie er selbst sagt, „ohne Hilf und ohne Lehr" sich der schwierigen Aufgabe der Aufzeichnung des Sachsenrechtes unterzog.

Eike verdient aber nicht nur unsere Bewunderung wegen seiner mannhaften Rechtlichkeit: Eike ist Kämpfer des Rechts.

Recht ist für ihn der Ausdruck einer höchsten sittlichen Notwendigkeit, an der es kein Drehen und Wenden gibt. Nur darum geht es ihm, das „Recht als Pflicht" zu lehren und niemand zu dienen als der Wahrheit allein.

Einfach, schlicht und echt wie der Verfasser des Buches ist das Recht, das er aufgezeichnet hat. Der Sachsenspiegel ist aus dem Volke heraus für das Volk geschrieben worden. Er atmet wahrhaft deutschen Geist, Freiheit, Treue und Gerechtigkeit sind die Grundbegriffe, die das ganze Rechtsbild beherrschen. Hierin liegt bereits angedeutet, was uns der Sachsenspiegel heute zu bedeuten vermag.

Es ist klar, daß die unmittelbare Uebernahme der Vorschriften des mittelalterlichen deutschen Rechts in unsere heutige Zeit nicht die Frage kommen kann. Die einfachen, urtümlichen Lebensformen aus den Tagen des Sachsenspiegels sind durch eine höchst entwickelte, differenzierte und komplizierte Wirtschaftsordnung abgelöst worden, die unter ganz neuen und von Grund auf veränderten Gesetzen steht. Wenn aber auch eine moderne Rechtsordnung im einzelnen ganz anders ausgestaltet werden muß, als dies für die mittelalterlichen Rechtsverhältnisse vonnöten war, so kann und muß doch auch sie in ihren Grundlagen ähnlich gefestigt und in ihren Zielen ebenso einheitlich ausgerichtet sein, wie wir dies am Sachsenspiegel noch heute bewundern."

Letzter Betriebsappell des Norddeutschen Lloyd.

Berlin, 16. Juli. Ein letzter Betriebsappell des Norddeutschen Lloyds vereinte am Mittwoch die über 600 Stewards und Köche, die in den letzten Wochen aus Bremerhaven oder direkt von den Lloyd-Schiffen nach Berlin gerufen wurden, in einem der großen Speisesäle des Wirtschaftsgebäudes im Olympischen Dorf.

Der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und Oeffentliche Betriebe der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Körner, erinnerte daran, daß die Besatzschaft im Olympischen Dorf Aufgaben zu erfüllen habe, die weit über persönliche Bedürfnisse hinausgingen.

Der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Norddeutschen Lloyd beim Organisationskomitee für die XI. Olympischen Spiele, Kapitän **Pütz**, erklärte, daß die Gefolgschaft im Bewußtsein der großen Verantwortung zusammengeschweißt und sich der Pflicht bewußt sei, der großen Aufgabe würdig zu dienen. Er hoffe, nach den Olympischen Spielen melden zu können, daß jeder einzelne den an ihn gestellten Anforderungen restlos habe und mit Stolz und Freude wieder zur Seeschiffahrt zurückkehren könne.

Der erste deutsche Botschafter in Brasilien.

Rio de Janeiro, 16. Juli. Als erster deutscher Botschafter in Brasilien traf am Mittwoch der bisherige Gesandte des Reichs, Dr. Schmidt-Elskop, an Bord des Schnelldampfers „Cap Arcona" in Rio de Janeiro ein. Der Botschafter wurde von Vertretern der brasilianischen Regierung, der NSDAP, der deutschen Verbände und von zahlreichen Mitgliedern der deutschen Kolonie begrüßt.

Aussprache über das britische Verteidigungsprogramm.

London, 16. Juli. Wie nunmehr feststeht, wird am kommenden Montag eine neue Aussprache über das britische Verteidigungsprogramm auf Ersuchen der Arbeiterpartei stattfinden.

Die Unterhausfraktion der Arbeiterpartei beschloß am Mittwoch abend mit Mehrheit, das britische Aufrüstungsprogramm abzulehnen, weil es nicht lediglich darauf abziele, Großbritannien einen angemessenen Platz in irgend einem Kollektivsystem zu sichern. Die Aussprache wird von dem Minister für die Koordination der Verteidigung, Sir Thomas Inskip, eröffnet werden. Sir Austen Chamberlain und auch Winston Churchill werden sich voraussichtlich an der Aussprache beteiligen.

Wahrscheinlich wird vor der Vertagung am 31. Juli auch eine Unterhausaussprache über die Außenpolitik anberaumt werden.

Arbeiterpartei gegen Einheitsfront mit Kommunisten.

London, 16. Juli. Der Landesausschuß der englischen Arbeiterpartei hat am Donnerstag eine Erklärung veröffentlicht, in der die Kommunistische Partei Englands und die kommunistische Internationale aufs schärfste angegriffen werden.

Die Erklärung richtet sich in erster Linie gegen die Versuche der Kommunisten, eine „Einheitsfront" mit der Arbeiterpartei zu bilden. Seit mehr als 20 Jahren habe der Kommunismus versucht, die britische Arbeiterbewegung seinen Zielen unterzuordnen. Die Methode und die Taktik hätten sich geändert, aber die kommunistischen Ziele seien unverändert geblieben. Auf der letzten Sitzung der kommunistischen Internationale sei als Hauptziel erklärt worden, für Ziel sei, die demokratischen Arbeiterbewegungen in eine von der kommunistischen Internationale geführte revolutionäre Armee zusammenzuschweißen.

Die kommunistische Partei Englands erkläre, daß sie weiterhin an bewaffnete Gewalt und Diktatur glaube. Es sei allgemein bekannt, daß sie viele tausende Pfund Sterling von Moskau erhalte und daher den Anweisungen Moskaus gehorche. Die Erfahrung zeige, daß der Kommunismus Verwirrung, Uneinigkeit und Zersetzung schaffe. Daher könne es keine Gemeinschaft zwischen den britischen Arbeiterführern und dem Kommunismus geben.

„Times" zur Anwendung der Gleitklausel.

London, 16. Juli. Zu der englischen Note an die Vereinigten Staaten und Japan, in der England die Gleitklausel des Londoner Flottenvertrages in Bezug auf seine überschüssige Zerstörertonnage beansprucht, bemerkt der Flottenkorrespondent der „Times", daß hierdurch Amerika und Japan automatisch die Berechtigung erhielten, ihre gesamte Zerstörertonnage bis zum 31. Dezember auf 190 000 bezw. 133 630 Tonnen zu erhöhen.

Die endgültige Note besasse sich nur mit der Frage der Zerstörer, aber das Problem der Beibehaltung der Hauptlinie-Kreuzerklasse sei immer noch Gegenstand getrennter Verhandlungen der Regierungen Japans und Amerikas. In einem Leitaufsatz betont das Blatt, daß sich England mit der Anrufung der Gleitklausel genau an den Buchstaben und Geist des Londoner Flottenvertrages halte. Daßelbe treffe jedoch nicht auf die im Parlament erhobene Forderung zu, daß die Regierung auch in Bezug auf Kreuzer die Gleitklausel in Anspruch nehmen solle.

Die englische Verpflichtung, die Kreuzertonnage auf 339 000 Tonnen herabzusetzen, sei bedingungslos gewesen. Bei der Annahme dieser Zifer sei das Bauprogramm der Richtunterzeichnerstaaten bekannt gewesen, und es sei seitdem auch nicht geändert worden. Die einzige Ausnahme sei das deutsche Flottenprogramm. Wenn die britische Regierung gewünscht hätte, die Wiederertüchtigung der deutschen Flotte zum Vorwand für eine allgemeine Wiederaufnahme der Flottenkonferenz zu machen, dann hätte sie tatsächlich die Gleitklausel im letzten Jahr aus diesem Grunde anrufen können. Daß sie es aber nicht getan habe, sondern statt dessen ein Wettrüsten durch den Abschluß des deutschenglischen Flottenabkommens von 1935 verhindert habe, sei ein kluges Vorgehen gewesen, das allgemeine Zustimmung geerntet habe.

Es folge aber daraus, daß man an anderer Stelle nach einem Grund suchen müsse, wenn man jetzt die Gleitklausel in Bezug auf Kreuzer anrufen wolle. Im Rahmen der genauen Bedeutung des Vertrages sei jedoch kein solcher Grund vorhanden. England halte an der peinlichen Beachtung seiner Vertragsverpflichtungen fest, selbst wenn diese mit der Zeit unangenehm geworden seien.

Wieder ein Volkskommissar gemaßregelt.

Moskau, 15. Juli. Wie amtlich gemeldet wird, hat die höchste bolschewistische Regierungsinstanz, der Hauptvollzugsausschuß der Sowjetunion, den bisherigen stellvertretenden Volkskommissar für die Holzindustrie, Pofosnikow, ohne nähere Angabe der Gründe seines Postens enthoben unter gleichzeitiger Strafversetzung in eine untergeordnete Stellung innerhalb des Kommissariatsbereichs in der Provinz.

Der Anlaß für die Maßregelung dürfte darin zu suchen sein, daß erst vor kurzem eine derartige Nachlässigkeit beim Flößen des Holzes auf den sibirischen Strömen festgestellt wurde, daß daraus dem Staat große Verluste entstanden.

Die Ehrenbezeugungen für General Rydz-Smigly.

Warschau, 15. Juli. Ministerpräsident General Sladkowski hat alle polnischen Behörden angewiesen, dem Generalinspekteur der polnischen Armee, General Rydz-Smygly, bei Empfängen alle Ehrenbezeugungen zu erweisen, wie sie der zweitwichtigsten Person im Staate nach dem Staatspräsidenten zukommen.

In der Begründung dieser Anordnung heißt es: Entsprechend dem Willen des Staatspräsidenten wird angeordnet, daß General Rydz-Smigly, der vom Marschall Pilsudski als erster Verteidiger des Vaterlandes und als erster Mitarbeiter des Staatspräsidenten erklärt wurde, als erste Person in Polen nach dem Staatspräsident betrachtet und geachtet werden soll.

Halbamtlich wird zu dem Schreiben mitgeteilt, daß es die tatsächlich bestehende Lage in offizielle und verpflichtende Form bringe, die sich aus dem männlichen Testament des Marschall Pilsudski herleitet. Die besonderen geopolitischen Bedingungen Polens und seine historischen Erfahrungen machten es notwendig, daß der Wehrkraft und der physischen und materiellen Wehrbereitschaft seiner Bürger besondere Aufmerksamkeit gewidmet würden. Daher habe der Mann, der über alle Kräfte und Mittel zum Schutze des Staates verfüge, in den Augen des Volkes eine besondere Stellung. Diese Tradition leite sich vom Marschall Pilsudski her und solle seinem Willen und der tatsächlichen Notwendigkeit entsprechend fortgesetzt werden.

Besprechungen über die polnische Agrarreform.

Warschau, 16. Juli. Im Ministerpräsidium fand gestern eine längere Besprechung zwischen dem Generalinspekteur, dem Ministerpräsidenten und dem Landwirtschaftsminister statt. Wie verlautet, war die Frage von Aenderungen bei der Durchführung der polnischen Agrarreform Gegenstand der Beratungen.

Der spanische Ministerrat über die blutigen Ereignisse.

Madrid, 16. Juli. In dem am Mittwoch abend unerwartet einberufenen Ministerrat erstattete der spanische Ministerpräsident Casares Quiroga Bericht über die jüngsten Ereignisse und die Stellung, die die Vertreter der einzelnen Gruppen der Volksfront zu ihnen einnehmen.

Er stellte fest, daß sämtliche Fraktionsführer der Linken versprochen hätten, sich restlos hinter die Regierung zu stellen und sie bei ihrer Aufklärungsarbeit und in ihren Bemühungen zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse zu unterstützen, damit das Parlament in acht Tagen seine Sitzungen wieder aufnehmen könne. Die Regierung hoffe, bis dahin die innerpolitische Lage geklärt zu haben. Sie werde dann einer von der Opposition geforderten Aussprache über die letzten Geschehnisse nicht aus dem Wege gehen.

In politischen Kreisen erblickt man in dieser Haltung der Regierung das Bestreben, mit Rücksicht auf die allgemeine Unsicherheit im Lande und aus Furcht vor einem etwaigen Putsch eine Kabinettskrise zu vertagen, da der jetzige Zeitpunkt ihr dafür denkbar ungünstig erscheint.

Vor neuen Verhaftungen im Spionagefall Farnworth?

Washington, 16. Juli. Amerikas neuester Spionagefall, in den der ehemalige Kapitänleutnant Farnworth verwickelt ist, wirbelt in der gesamten amerikanischen Presse gewaltigen Staub auf. Das Justizministerium deutete an, daß im Zusammenhang mit diesem Fall eine Reihe weiterer Verhaftungen zu erwarten sei. Farnworth soll die streng vertrauliche Schrift „Informations- und Sicherheitsdienst", die die Pläne für Mannschaftsstärke und Taktik der amerikanischen Flotte auf Grund der Erfahrungen der letzten Flottenmanöver enthält und die nur für die höchsten Offiziere der Marineleitung bestimmt war, an einen japanischen Attaché verkauft haben. Seine Verhaftung erfolgte, als er bei der Durchsicht vertraulicher Schriftstücke im Hause eines hohen Offiziers der Seefadettenanstalt Annapolis ertappt wurde. Farnworth galt ehemals als einer der hervorragendsten und vielversprechenden jungen Seeoffiziere, der vor allem über glänzende technische Kenntnisse verfügte. Er soll dann aber in Geldschwierigkeiten geraten sein und wurde im Jahre 1927 angeblich wegen unlauberer Geldgeschäfte aus der amerikanischen Marine entlassen.

Marineminister Admiral Standley erklärte, sollte der Prozeß ergeben, daß Farnworth wertvolle Geheimnisse der amerikanischen Marine an die Japaner ausgeliefert habe, so müßten die zukünftigen Manöver- und Flottenpläne selbstverständlich umgeändert werden.

Beamte der japanischen Botschaft, die am Mittwoch zu dem Fall Stellung nahmen, bezeichneten die Beschuldigungen als „erstaunlich".

Vollstreckung eines Todesurteils.

Berlin, 16. Juli. Am 16. Juli 1936 ist in Würzburg der am 22. Dezember 1907 geborene Robert Heirich hingerichtet worden, der am 11. März 1936 vom Schwurgericht in Würzburg wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden war.

Heirich hatte in der Nacht zum 27. Oktober 1935 den 73 Jahre alten früheren Gärtner Otto Müller in Würzburg, der ihm ein väterlicher Freund war, in dessen Wohnung erwürgt und beraubt.

Kardinalerzbischof Binet †.

Paris, 16. Juli. Der Kardinalerzbischof von Besancon, Monsignore Binet, ist am Mittwoch nach kurzem Leiden im Alter von 67 Jahren gestorben.

Ueber 4000 Hitze-Opfer in USA.

New York, 16. Juli. Die Zahl der Opfer der Hitzewelle in den Mittelweststaaten stieg am Donnerstag vormittag auf über 4000. Dazu kommen aber noch Tausende, die schwer erkrankt sind. Die Behörden von Minneapolis erklärten, daß die Hospitäler und Krankenhäuser seit der Grippe-Epidemie während des Krieges niemals so stark in Anspruch genommen worden seien als augenblicklich. Am Mittwoch ereigneten sich im Minneapolis in der Minute drei Fälle von Hitzschlag.

Verantwortlich: i. V. Hermann Rüdiger, Berlin-Friedenau.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.